

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Perspektiven der Energiewirtschaft im Lande Bremen**

Der Vorstand der swb AG hat beschlossen, auf den geplanten Neubau eines Kohlekraftwerks in Bremen aus wirtschaftlichen Gründen zu verzichten. Entgegen der ursprünglichen Kalkulationen ist die Realisierung des Projekts aufgrund erheblicher Kostensteigerungen für die swb AG nicht mehr wirtschaftlich. Die begrenzten Kapazitäten der Anlagenbauer und die weltweit steigende Nachfrage nach Neuanlagen verursachen eine erhebliche Preisentwicklung, die nicht nur am Standort Bremen die Rentabilität von neuen Kraftwerken in Frage stellt.

Aufgrund von altersbedingten Stilllegungen und dem beschlossenen Atomausstieg wird auch bei verstärkten Bemühungen zur Energieeinsparung und effektiven Energienutzung in den nächsten Jahren der Bedarf nach Ersatz und Modernisierung von Kraftwerkskapazitäten und Effizienzsteigerungen auf der Verbrauchsseite zunehmen. Ein nationales Energiepolitisches Konzept wurde von der Bundesregierung im August 2007 vorgelegt.

Somit stellt sich die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten des Landes Bremen hinsichtlich der zukünftigen Energieversorgung und der damit verbundenen Effekte.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf darzulegen, wie der angekündigte energie- und klimapolitische Dialog zukünftig ausgestaltet werden soll, welche Potenziale und Entwicklungschancen bei den regional tätigen Energieunternehmen gesehen und welchen Einfluss die zukünftig veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen sowohl auf die Energieversorger als auch auf die Verbraucher haben werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass trotz des Verzichts der swb AG auf den Kohlekraftwerksneubau weiterhin der mit Bremer Akteuren und externen Experten vorgesehene Beratungsprozess fortgeführt wird und ein Konzept mit dem Ziel erarbeitet wird, Bremen zum energiepolitischen Kompetenzzentrum Norddeutschlands zu entwickeln.
3. Der Senat wird aufgefordert, eine Strategie für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu erarbeiten. Dazu gehört auch die intensive und systematische Suche nach geeigneten zusätzlichen Flächen für die Windkraftnutzung im Lande Bremen und in einer möglichen Kooperation mit dem niedersächsischen Umland. Hierbei soll insbesondere die Rolle der Energieversorger einerseits und des Senats andererseits verdeutlicht werden. Von großem Interesse sind hier auch die Optimierungspotenziale bestehender Kraftwerke und die Möglichkeiten zum Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärmeversorgung.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf darzustellen, wie hoch das Beschäftigungsvolumen in den Bereichen erneuerbare Energien und Ausbau der Energieeffizienz im Lande Bremen ist, und wie viele Arbeitsplätze dort in den nächsten Jahren neu entstehen können.

5. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welchen Beitrag das Land Bremen zur Umsetzung der angestrebten nationalen Klimaschutzziele leisten kann.
6. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) kurzfristig einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Karin Garling, Max Liess,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen